

sozialismus von unten

WOHNKONZERNE ENTEIGNEN!

LINKE WÄHLEN OHNE ILLUSIONEN



DWE Demonstration in Berlin / Wikimedia Commons (Public Domain).

Mieten explodieren, Sozialleistungen reichen immer weniger zum Leben, der Berliner Senat kürzt bei Bildung und Kultur. Für viele Menschen strahlt Die Linke bei den Abgeordnetenhauswahlen die Hoffnung aus, dass eine linke Regierung daran endlich etwas ändert und eine Politik im Interesse der Mehrheit durchsetzt.

»Ich werde jeden verdammten Hebel umlegen, um Berlin endlich bezahlbar zu machen.«, verspricht die Linke-Kandidatin für das Amt der Bürgermeisterin Elif Eralp.

Besonders die Forderung nach einem Mietendeckel und der Vergesellschaftung

großer Wohnkonzerne trifft den Nerv einer Stadt, in der bezahlbare Mieten zur Existenzfrage für Hunderttausende geworden sind. Doch die Erfahrung zeigt: Wir können uns nicht auf Stellvertreter:innen in einer Berliner Landesregierung verlassen, sondern wir müssen selbst aktiv werden und bleiben.

Von Ramsis Kilani und Werner Halbauer

Der Erfolg des Volksentscheids »Deutsche Wohnen & Co enteignen« war ein historischer Sieg der Berliner Mietebewegung. Hunderttausende kämpften in allen Kiezen der Hauptstadt dafür, dass Wohnen nicht länger eine Ware in den Händen der Miethäie bleibt.

Vor fünf Jahren gewann die Bewegung den Volksentscheid zur Überführung der Wohnungsbestände großer Privatunternehmen in Gemeineigentum.

Doch statt den demokratischen Beschluss umzusetzen, verschob der rot-grün-rote Senat die Entscheidung auf eine Expert:innenkommission und juristische Gutachten. Bei wohnungspolitischen Veränderungen, welche die Interessen des Immobilienkapitals ernsthaft berührten, zog die SPD in der gemeinsamen Landesregierung mit Grünen und Linken stets die Notbremse und blockierte sie. Im Koalitionsausschuss auf Bundesebene planen Union und SPD ein Verbot von Enteignungen von Immobilienunternehmen mit Mietwohnungen.

Der Absturz der LINKEN in Berlin

Verlust von Wähler:innen der LINKEN in absoluten Stimmen und Regierungsbeteiligung

Regierungszyklus



- 195.000 Wähler:innen

Von 2001 bis 2011 ist DIE LINKE Teil einer rot-roten Regierung in Berlin. Die Regierung bricht ihre Versprechen. Statt Politikwechsel gibt es Privatisierungen, Sozialkürzungen und Lohndumping. Bei der Abgeordnetenhauswahl 2006 verliert die LINKE/PDS 181.000 Wähler:innen und kommt auf 185.000 Wähler:innen oder 13,4 Prozent. Bei den Wahlen 2011 geht es nochmal runter auf 171.000 Wähler:innen.

Opposition



+ 85.000 Wähler:innen

Nachdem Rot-Rot zu einem Desaster für die PDS, später für DIE LINKE wurde und die SPD den Koalitionspartner wechselt, besinnt sich die Linkspartei auf einen strikten Oppositionskurs. Der Lohn: Die Partei gewinnt bei den Abgeordnetenhauswahlen 85.000 Stimmen hinzu und kommt auf 256.000 Stimmen.

Regierungszyklus



- 71.000 Wähler:innen

Von 2016 bis 2023 ist DIE LINKE Teil einer rot-rot-grünen Regierung in Berlin. Statt Politikwechsel gibt es die Weigerung den Volksentscheid zur Enteignung großer Wohnungskonzerne durchzusetzen, S-Bahn-Privatisierungen und Abschiebungen. Durch die Neuauflage von R2G verliert die Partei 71.000 Stimmen.



»Es wird mit der Linken vergesellschaftet«, erklärte die Parteivorsitzende der Linken Ines Schwerdtner kämpferisch und machte eine Enteignung großer Wohnkonzerne (mit Entschädigung der Konzerne) zur Bedingung für eine Koalition. »Dann muss die Linke wohl allein in Berlin regieren«, schmetterte SPD-Spitzenkandidat Steffen Krach zurück.

Es ist absolut richtig, dass die Bundesvorsitzende der Linken, Ines Schwerdtner, die Mietenfrage als rote Haltelinie für eine Berliner Regierungsbeteiligung setzt. Jedoch muss Die Linke sich der Frage nach einer konkreten Umsetzung der Enteignung stellen: Für eine Vergesellschaftung im Interesse der Mehrheit dürfen nicht Spekulations- und Marktpreise der Maßstab für eine Entschädigung sein, sondern die tatsächlichen Baukosten, der Zustand der Gebäude und bereits erfolgte Abschreibungen. Die Miethaie haben auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung genug Geld gemacht.

Doch selbst die mieterfreundlichste Wohnungspolitik stößt an die Grenzen der Haushaltslage und steht unter dem Druck der bundesweiten Angriffe auf das Sozialsystem – in der Bundesregierung mitgetragen durch die SPD. Gleichzeitig werden gigantische Summen in die

Aufrüstung gesteckt. Auch Berlin steht vor massiven Sparprogrammen und Sozialabbau, während die Rüstungsindustrie gestärkt wird. In Regierungsverantwortung muss Die Linke unter diesen Bedingungen Kürzungen mit umsetzen, anstatt sie zu bekämpfen. Keine linke Kraft kann gleichzeitig Sozialabbau betreiben und Motor von Bewegungen gegen Sozialabbau sein. Gerade deshalb sind soziale Kämpfe durch Beschäftigte von so entscheidender Bedeutung.

Die Berliner Krankenhausbewegung hat mit den Streiks bei Vivantes gezeigt, dass Verbesserungen nicht aus Verhandlungen in Senats-Koalitionen entstehen, sondern durch den gemeinsamen Kampf der Beschäftigten, getragen von der breiten Solidarität der Bevölkerung.

Die Erfahrungen früherer Regierungsbeteiligungen mahnen vor Illusionen: Einzelne Reformen konnten in der Koalition meist nur durch Zugeständnisse bei anderen Punkten erreicht werden.

Weder Privatisierungen wurden rückgängig gemacht, noch die Macht großer Konzerne gebrochen. Die großen Wohnungskonzerne blieben unangetastet und die Situation der Mehrheit der Berliner:innen hat sich weiter verschlimmert. Die

Linke verlor durch ihre Regierungsbeteiligung in Berlin an Glaubwürdigkeit.

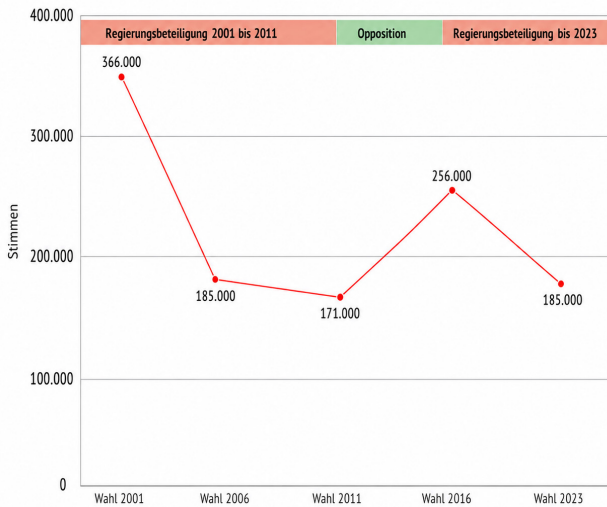
Das liegt in erster Linie nicht am mangelndem guten Willen einzelner Politiker:innen, sondern an den strukturellen Grenzen des kapitalistischen Systems und der Funktion des Staatsapparates zu dessen Sicherung. Die revolutionäre Sozialistin Rosa Luxemburg stellte deshalb klar: »In der bürgerlichen Gesellschaft ist der [revolutionären] Sozialdemokratie dem Wesen nach die Rolle einer oppositionellen Partei vorgezeichnet, als regierende darf sie nur auf den Trümmern des bürgerlichen Staates auftreten.«

Regierungsbeteiligung verändert nicht nur die Politik einer Partei, sondern auch die Partei selbst. Ministerien, Fraktionen und Verwaltungen entwickeln eigene Sachzwänge und verstärken eine Bürokratisierung.

Beim Genozid in Gaza gab die Parteiführung dem medialen Druck und pro-israelischen Einflüssen nach. Statt an der Seite der Unterdrückten zu stehen und den haltlosen Antisemitismusvorwürfen entgegenzutreten, verfolgte sie palästinensolidarische Stimmen in den eigenen Reihen, um Koalitionspartner nicht zu verschrecken.

Der Absturz der LINKEN in Berlin

Absolute Stimmen der LINKEN bei Wahlen und Regierungsbeteiligung



TERMINE DES WIDERSTANDS

05.09. *Runter mit der Miete! Her mit den Wohnungen!*
Demonstration vom Bündnis gegen Verdrängung und
Mietenwahnsinn

13 Uhr, Rotes Rathaus

12.09. *Zeit, dass sich was dreht! Sterndemo von Ge-*
meinsam: Hand in Hand

16 Uhr Abschlusskundgebung, Rotes Rathaus

25.09. *Schulstreik gegen Wehrpflicht*

12 Uhr, Brandenburger Tor

26.09. *Hart verdient! Deine Arbeit. Deine Gesundheit.*
Deine Rente, DGB-Demonstration gegen Kürzungspa-
ket der Bundesregierung

12 Uhr, IG Metall-Haus

Die deutsche 'Staatsräson' zur Unterstützung Israels bekämpft Antisemitismus nicht. Sie ist ein Kampfbegriff der CDU-SPD-Regierung. Die Widerstandsbewegung, die sich gegen die enge militärische Zusammenarbeit mit dem Apartheidstaat Israel in der öl- und gasreichsten Region des sogenannten Nahen und Mittleren Ostens stellt, soll aus wirtschaftlichem und geopolitischem Kalkül eingeschüchert werden.

Nach Zohran Mamdani's Wahlerfolg in New York setzen viele Berliner:innen Hoffnung darauf, dass sich ihr Leben

unter einer linken Bürgermeisterin verbessern würde. Aber eine Stimme für Die Linke ersetzt nicht die Organisation von Widerstand in unseren Betrieben, Stadtteilen und Schulen. Ob in den Mietkämpfen, in Tarifeinsetzungen oder im Widerstand gegen Sozialabbau und Aufrüstung – Fortschritte entstehen dort, wo Menschen beginnen, ihre Interessen selbst zu organisieren und kollektiv von unten durchzusetzen.

Wer Berlin wirklich verändern will, sollte deshalb zweierlei tun: soziale Forderungen bei Wahlen unterstützen und

zugleich aktiv werden, um den Aufbau einer kämpferischen Gegenmacht voranzutreiben. Während Milliarden in die Aufrüstung fließen und Kommunen kaputtgespart werden, gilt mehr denn je:

Geld für Soziales statt für Krieg! Massenwiderstand von unten für ein bezahlbares Berlin!



KONGRESS FÜR EINEN SOZIALISMUS VON UNTEN

PROGRAMM

ANTIFASCHISMUS ANTIMILITARISMUS

ANTIRASSISMUS PALÄSTINA STAAT UND REVOLUTION

STREIK & GEWERKSCHAFTEN LGBTQ+ UND FRAUBEFREIUNG

U.V.M.

Mit Fabian Lehr, Ulrike Eifler, Ferat Koçak, Ramsis Kilani, Christine Buchholz, Bafta Sarbo, Simon David Dreßler & vielen mehr.

www.sozvu.org/kongress
[@zuendfunke_kongress](https://www.instagram.com/zuendfunke_kongress)
kongress@sozvu.org

bUm, Berlin
PAUL-LINKE-UFER 21
10999 BERLIN

13.-15. NOV 2026

DEN VERMEINTLICH UNAUFHALTSAMEN AUFSTIEG DER AFD-NAZIS STOPPEN! ES GIBT KEIN RECHT AUF NAZIPROPAGANDA!



Die faschistische AfD befindet sich im Höhenflug: Bundesweit führt sie die Umfragen an. Auch in Berlin wird sie Umfragen zufolge am 20. September bei der Wahl für das Abgeordnetenhaus stärker abschneiden als 2023.

Nikolas Schäfer und Gerrit Peters argumentieren, warum die AfD so erfolgreich ist, was sie von bürgerlichen Parteien wie der CDU unterscheidet und was wir gegen sie tun können.

Die AfD profitiert davon, dass Millionen Menschen Abstiegsängste plagten, nachdem sich ihre wirtschaftliche Lage in den letzten Jahren kontinuierlich verschlechtert hat.

Den Faschisten spielt in die Karten, dass die Regierung dieselben angeblich Schuldigen dafür präsentiert: Geflüchtete, Migrant:innen und Arbeitslose.

Dass die berechtigte Wut vieler Menschen von fast allen Parteien auf die schwächsten Gruppen der Bevölkerung gelenkt wird, ringt der AfD keine Stimmen ab. Im Gegenteil, es normalisiert ihre menschenfeindliche Politik und rückt die Grenze des Sagbaren weiter nach rechts.

Rassismus spaltet

Bürgerliche Parteien wie die CDU haben ein instrumentelles Verhältnis zu Rassismus. Friedrich Merz weiß sehr gut, dass die deutsche Wirtschaft nicht wegen vermeintlicher Probleme im »Stadt-bild« schwächelt. Er glaubt nicht wirklich, seine eigene Lüge, dass Geflüchtete »uns« die Zahnarzttermine wegnehmen. Merz versucht, mit rassistischen Aussagen von den wahren Problemen abzulenken und einen Spaltkeil zwischen die Arbeiter:innen zu setzen, um sie in ihren Kämpfen zu schwächen. Statt die Stimmen der AfD zu halbieren, wie er 2018 ankündigte, schafft Merz damit genau die Stimmung, in der Faschisten aufbauen.

Und die Nazis nutzen das. Der Rassismus »der Mitte« macht ihre Ideologie anschlussfähig für breite Teile der Bevölkerung. Die ehemals stärkste Nazi-Partei, die NPD, bezeichnete 2010 die »Moslem-Feindschaft und Islam-Kritik als politischen Türöffner«. Auch die AfD nahm das »Feindbild Islam« in ihr Grundsatzprogramm auf.

Anders als die CDU glauben Faschisten wirklich, dass Migrant:innen, Geflüchtete

und queere Menschen für den angeblichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Untergang Deutschlands verantwortlich sind. Die AfD ist nicht bloß eine weitere, noch rassistischere bürgerliche Partei, die AfD ist eine faschistische Partei. Und das macht sie so gefährlich.

Rechter Straßenterror

Der Kernpunkt jeder faschistischen Bewegung ist es, Organisationen aufzubauen, die über Terror die Straße beherrschen und mit Gewalt jede Opposition brechen. Nur mit so einer Bewegung könnte die AfD ihre Ziele, die Deportation von Millionen Menschen, auch tatsächlich durchsetzen. Die Neugründung ihrer Jugendorganisation »Generation Deutschland« war der letzte Schritt, um diesem Ziel ein ganzes Stück näherzukommen.

Die Berliner AfD steht dem in Nichts nach. Schon 2021 warb sie im Wahlprogramm für eine »Remigrationsagenda«. 2025 verkündete der stellvertretende Vorsitzende der AfD-Fraktion, Thorsten Weiß: »Innere Sicherheit gibt es nur durch Remigration.« Auch den Anschlag auf den Christopher Street Day Ende Juli nutzte die Partei direkt aus, um ihre migrations-

feindlichen Positionen zu bewerben. Und das obwohl viele ihrer Abgeordneten und Kandidat:innen in der Vergangenheit vielfach gegen queere und zuletzt besonders gegen Transpersonen hetzten. Weitere Informationen zu den Kandidat:innen der Berliner AfD und ihrem Wahlkampf findest du auf dem Flyer »Wer AfD wählt, wählt Nazis« von »Aufstehen gegen Rassismus«.

Wie von Höcke angekündigt, stehen nicht »nur« Geflüchtete, Migrant:innen und queere Menschen auf der Abschlusliste der AfD. Gemeint sind alle, die Widerstand gegen ihre menschenfeindliche Politik organisieren könnten, wie Antifaschist:innen oder Gewerkschafter:innen. Das sprach der inoffizielle Führer der AfD, der Nazi Björn Höcke, aus. Er drohte mit einer Politik der »wohltemperierten Grausamkeit«, bei der »wir leider ein paar Volksteile verlieren werden, die zu schwach oder nicht willens sind«.

Um erfolgreich aufzubauen, müssen Nazis Stärke ausstrahlen. Dafür brauchen sie erfolgreiche Aktionen. Sie wollen ihre Gegner:innen durch ihre reißerische Rhetorik und ihr martialisches Auftreten in Angst versetzen und zur Kapitulation zwingen. Gleichzeitig geben gelungene Veranstaltungen ihrer Anhängerschaft Selbstvertrauen und Mut, nicht selten, um die Hetze auch direkt in Taten umzusetzen. Umso wichtiger ist es für uns, den weiteren Aufstieg der AfD mit allen Mitteln zu behindern.

Kein Fußbreit dem Faschismus

Es geht darum, die AfD überall dort zu konfrontieren, wo sie öffentlich auftritt. Egal ob bei Aufmärschen, Bürgerdialogen oder Wahlkampfständen. Es gilt: »Es gibt kein Recht auf Nazi-Propaganda«!

Es müssen nicht immer Massenproteste wie zuletzt in Erfurt sein, wo 50.000 Menschen gezeigt haben, dass auch in Ostdeutschland breiter Widerstand gegen Nazis möglich ist. Jede:r kann aktiv werden, auch alleine und spontan. Mit einem einfachen Müllsack ausgestattet, können Passant:innen neben jedem AfD-Stand aufgefordert werden, die rechten Hetz-Flyer direkt wieder zu entsorgen.

Besser ist es aber natürlich, wenn man eine Gruppe hat, mit der man sich absprechen kann und gemeinsam gegen die AfD demonstriert. »Aufstehen gegen Rassismus« organisiert Proteste gegen AfD-



Infostände und bereitet handliche Materialkits in Pizzakartons vor.

Alle zusammen gegen den Faschismus

Um erfolgreiche Proteste gegen AfD-Nazis auf die Beine stellen zu können, müssen alle Menschen willkommen sein, die gegen Faschismus sind. Egal welche Differenzen uns bei anderen Themen trennen. Der antifaschistische Minimalkonsens muss lauten, dass wir uns gemeinsam der AfD in den Weg stellen.

Das erfordert die Zusammenarbeit von Gewerkschaften, bürgerlichen Parteien links der sogenannten »Mitte«, Stadtteilkomitees, queeren Communities, Religionsgemeinschaften, bis hin zu revolutionären, antifaschistischen und antirassistischen Kleingruppen. Nur wenn wir gegen die faschistische Gefahr zusammenstehen, haben wir überhaupt die Chance, für eine bessere Welt zu kämpfen.

Hoffnung liegt im Widerstand

Im antifaschistischen Kampf zusammenzustehen bedeutet nicht, keine Kritik an Bündnispartner:innen äußern zu können. Diese ist bitter nötig, z.B. wenn sich SPD und Grüne wieder einmal an rassistischen Hetzkampagnen beteiligen oder sich an Abschottungs- und Abschiebepolitik beteiligen. Oder wenn Gewerkschaftsfunktionär:innen vor dem Argument der »leeren Kassen« einknicken, während sie mit keinem Wort die massive Aufrüstung der Bundesregierung kritisieren. Oder wenn Die Linke für die Regierungsbeteiligung in einem Bundesland ihre Grundsätze aufgibt, sei es

um die AfD von den »Schalthebeln der Macht« fernzuhalten (mehr dazu im Artikel »Warum wir die AfD nicht wegeregieren können« in unserer Zeitung) oder um vermeintlich »Schlimmeres zu verhindern«.

Das vermeintlich kleinere Übel zu akzeptieren hat erst den Aufstieg der AfD ermöglicht, die sich so als einzig wahre Vertreterin des »kleinen Mannes« inszenieren konnte. Entscheidend ist vielmehr eine ernsthafte, glaubwürdige linke Alternative zum Status Quo, der aus ständigen Kriegen, einer sich zuspitzenden Klimakatastrophe und immer wiederkehrenden Wirtschaftskrisen besteht.

Wir brauchen eine Bewegung der Hoffnung, die sich mit den Ursachen der Probleme beschäftigt und nicht bloß Symptome verwaltet. Eine Opposition, die eine Alternative zum Kapitalismus aufzeigt.

WAS DU JETZT TUN KANNST

Melde dich unter berlin@aufstehen-gegen-rassismus.de und beteilige dich an direktem Protest gegen Wahlkampfstände und Veranstaltungen der AfD!

Mach mit bei »Sozialismus von unten« und unterstütze uns im Kampf gegen AfD-Nazis, gegen Krieg, Rassismus und Sozialabbau. Hilf mit, dem Faschismus so auch den Nährboden zu entziehen, auf dem er gedeihen kann!

WIDERSTAND GEGEN MILITARISIERUNG

Die Schwarz-Rote Landesregierung will Berlin zu einem neuen Zentrum der deutschen Rüstungsindustrie machen. Aber die massiven Aufrüstungen machen unser Leben nicht sicherer, sondern treiben die Militarisierung der Gesellschaft voran. Dagegen wehren sich in Berlin vor allem Schülerinnen und Schüler. Im Herbst streiken sie gemeinsam mit Eltern, Lehrkräften und Sozialarbeiter:innen gegen die Einführung eines umfassenden Wehrdienstes.

von Jakob Schmidt
und Christine Buchholz

Zeitenwende in Berlin

In Berlin gibt es verhältnismäßig wenige Rüstungsproduktionsstandorte. Vielmehr ist die Stadt zunächst zu einem wichtigen Standort für militärische Lobbyarbeit, ThinkTanks, Vernetzung und Forschung gemacht worden.

Doch nun wollen Noch-Bürgermeister Kai Wegner (CDU) und Wirtschaftssenatorin Giffey (SPD) Berlin zur Drohnenmetropole machen. Laut dem Wahlprogramm der CDU soll Berlin »ein führender Standort für die Entwicklung und Anwendung innovativer Technologien im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungstechnologien werden.«

Die Umrüstung eines früheren Pierburg-Autoteilewerks zu einer Waffenfabrik von Rheinmetall im Wedding steht dabei beispielhaft für diese Neuausrichtung. Aber auch in Adlershof gründet der staatliche israelische Rüstungskonzern IAI ein »Innovationszentrum«, um zukünftig in Berlin Waffensysteme entwickeln und produzieren zu können.

Die SPD verkauft »Verteidigung« in ihrem Programm als Zukunftsbranche, und auch die selbsternannte »Friedenspartei« AfD möchte die Zivilklausel an Uni-

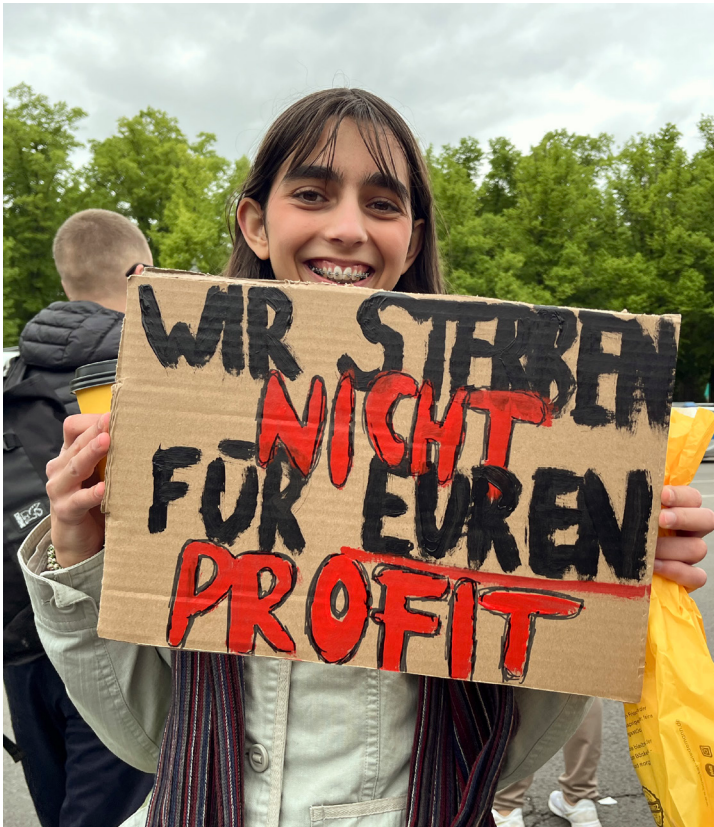
versitäten aufheben, um dort militärische Forschung zu vereinfachen. Ein staatlicher Schub in Sachen Aufrüstung ist im vollen Gange. Abgesehen von Die Linke, planen die großen Parteien, Berlin in der Zukunft noch stärker in die Aufrüstungs- und Kriegswirtschaft einzubinden.

Aufrüstung bringt keine Sicherheit

Diese Aufrüstung wird mit der Bedrohung durch Russland begründet. Gegenüber Putins Russland seien Deutschland und seine Politiker:innen friedliebende Menschen, und »Aufrüstung« nur die »notwendige Antwort auf die Bedrohung.« So formulierte es Christoph von Marschall im Sommer 2025 im Tagesspiegel. Glaubhafte Abschreckung solle Frieden sichern.

Nach dieser Logik bilden Rüstungskonzerne und Bundeswehr die größte Friedensbewegung der Welt – ein Slogan, mit dem die Bundeswehr aktuell in





Berlin wirbt. Aber Aufrüstung sorgt auf keiner Seite für mehr Sicherheit. Im Gegenteil: Die Aufrüstung auf einer Seite wird im Umkehrschluss immer für Unsicherheit auf der anderen Seite sorgen. Dadurch entsteht eine Eskalationsspirale, die im Atomzeitalter unglaublich gefährlich ist. Ein sicheres Leben in Frieden kann nur entstehen, wenn diese Eskalationsspirale durchbrochen wird.

Deutschland unterstützt den Krieg in der Ukraine: seit Februar 2022 hat die Bundesregierung 56,7 Milliarden Euro für Militärhilfe an die Ukraine gegeben, vorwiegend für Panzer, Munition und den Aufbau der Rüstungsindustrie. Darüber hinaus führt die Bundeswehr Trainings von ukrainischen Soldat:innen durch. Von daher ist es kein Wunder, wenn Deutschland zur Zielscheibe von hybriden Angriffen wird – völlig unabhängig davon, wie einzelne Ereignisse (wie z.B. der mutmaßliche Drohneneinsatz in Leipzig Anfang August) zu bewerten sind.

Krieg hat System

Die Bundesregierung will Deutschland kriegstüchtig machen, um auch zukünftig ihre wirtschaftlichen Interessen in der Welt durchsetzen zu können. Zur Not auch wieder militärisch. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) sagte im Bundestag: »Wir müssen als Bundesrepublik Deutsch-

land unsere Interessen definieren. Wir müssen sie definieren, aber wir müssen sie auf der Welt auch durchsetzen!« Damit meint er jedoch nicht unsere Interessen, sondern die des deutschen Kapitals.

Weltweit findet ein Rüstungswettlauf statt, hinter dem wirtschaftliche Interessen stehen. Um Aufrüstung und Militarismus zu bekämpfen, müssen wir das System, das dahintersteckt, grundsätzlich verstehen. Die globale Militarisierung beruht auf der Konkurrenz zwischen Nationalstaaten, die im Kapitalismus dazu gezwungen sind, Jahr für Jahr neue Profite zu generieren.

Fehlen einem Land die notwendigen Ressourcen, um dessen Wachstum zu garantieren, versuchen Firmen sowie auch Staaten auf der ganzen Welt, neue Märkte zu erschließen. Vor dem Einsatz militärischer Mittel schrecken sie seit jeher nicht zurück. Für diese imperialistische Dynamik sind die USA der todbringende Beweis. Gemeinsam mit Israel führt Trump einen Krieg, der Tausenden Iraner:innen das Leben kostet, bei dem es u.a. um die Kontrolle über die Straße von Hormuz geht. Wenn Merz also davon spricht, »[unsere Interessen] auf der Welt auch durchsetzen« zu müssen, ist genau das gemeint.

Das zeigt: Krieg ist nicht im Interesse der Arbeiter:innenklasse. Weltweit zahlt

sie den Preis für die verschärfte globale Konkurrenz zwischen Kapitalist:innen und den mit ihm verbundenen Staaten: Durch steigende Preise, soziale Kürzungen und als Kanonenfutter auf den Schlachtfeldern. Um uns Militarisierung und Sozialabbau wirkungsvoll entgegenzustellen, müssen wir zusammen breiten Widerstand auf die Straße bringen und ihn in unsere Betriebe tragen, sowie den internationalen Zwang zum Profitemachen aushebeln. Indem wir die Bewegung gegen Aufrüstung in Deutschland aufbauen, unterstützen wir alle, die in ihren Ländern zum Krieg gezwungen werden und gegen ihn kämpfen – in Russland, der Ukraine und überall.

Geld für Bildung und Soziales nicht für Krieg

Die Missstände in Berlin sind offensichtlich. Doch statt Toiletten zu sanieren, neue Schulplätze zu schaffen, sowie Lehrkräfte und Sozialarbeiter:innen zu entlasten, sorgen CDU und SPD dafür, dass die Präsenz des deutschen Militärs an den Schulen verstärkt wird. Dies ermöglicht eine neue Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Berlin und der Bundeswehr.

Anstatt jungen Menschen ein gutes, selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, kann die Bundeswehr jetzt die weit

sozialismus von unten



verbreitete Perspektivlosigkeit ausnutzen, um neue Rekruten zu gewinnen. Wenn Jugendoffiziere als Referenten zur Sicherheitspolitik angefragt werden, tragen sie die Sichtweise der Armee in unsere Schulen. Dabei erscheint die Bundeswehr zum einen als ein neutraler Informationsgeber und zum anderen als ein Arbeitgeber wie jeder anderer. Beides ist eine Lüge.

Wer den Wehrdienst leistet, muss damit rechnen, auch in den Krieg geschickt zu werden – denn Kriegsdienstverweigerung kann eingeschränkt werden. Jurist:innen halten es für möglich, dass dieses Grundrecht in Deutschland unter bestimmten Bedingungen ausgesetzt werden kann.

André Wüstner, Vorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbandes, sagte bereits im Oktober 2025: »Wenn wir in den Verteidigungsfall geraten, reden wir nicht über Lotterie, dann wird hier jeder eingezogen, der verfügbar ist.« In der Ukraine sehen wir eine dieser Mobilisierungsmethoden für den Ernstfall bei der 'Busifizierung' – eine Rekrutierungspraxis, bei der wehrpflichtige Männer gegen ihren Willen auf offener Straße in Busse gezwungen werden, um sie in Armeezentren zu verfrachten.

Nein zur Wehrpflicht

Im Dezember 2025 wurde ein neuer Wehrdienst beschlossen. Bisher war dieser freiwillig, doch ab Juli 2027 sollen alle Jahrgänge ab 2008 gemustert werden. Bis dahin will die Bundeswehr Rekrutierungszentren für die Musterung ganzer Jahrgänge aufgebaut haben. Für den Fall, dass es die »Sicherheitslage erfordert«, oder die Rekrutierungsziele nicht erreicht werden, kann der Bundestag die »Bedarfswehrpflicht« für junge Männer einführen. Im »Spannungs- oder Verteidigungsfall« greift dies auch für trans Frauen und nichtbinäre Menschen.

Die Schulstreiks gegen die Wehrpflicht sind aktuell die zentrale Bewegung gegen den Militarismus in Deutschland. Am 25.9. werden Schüler:innen wieder bundesweit auf die Straßen gehen – auch in Berlin sind Streiks in Planung. Diese Mobilisierung zu unterstützen indem wir in Bündnissen gegen die Wehrpflicht aktiv werden, sowie Argumente gegen Militarisierung und Sozialabbau in unsere Klassen, Hörsäle, Betriebe und Wohnzimmer zu tragen, ist jetzt die wichtigste Aufgabe im Widerstand gegen Aufrüstung und Krieg.

KONTAKT

Sozialismus von unten
Postfach 31 09 43
10639 Berlin

E-Mail: redaktion@sozvu.org
Instagram:
[@sozialismus_von_unten](https://www.instagram.com/@sozialismus_von_unten)
TikTok: [@inisvu](https://www.tiktok.com/@inisvu)
BlueSky: [@sozvu.org](https://www.bsky.app/profile/@sozvu.org)
Telegram: t.me/sozvuorg
YouTube: youtube.com/@Sozvu

www.sozvu.org
www.sozialismus-von-unten.org

V.i.S.d.P.: E. Mourgues,
Katharinenstr. 21, 10711 Berlin



QR Code zur Website